

Neben technischen Beratungsleistungen wird die Gesellschaft sich auch mit dem Transfer und dem Leasing von Technologie befassen, mit technischer Ausbildung und dem Verkauf von Waren, die moderne Produktionstechniken erfordern. Es wird nur in solche Projekte investiert, die Waren mit guten Absatzchancen herstellen.

Ca.15% der ländlichen Haushalte der Provinz Anhui widmen nun die meiste oder einen großen Teil ihrer Arbeit der Warenproduktion. Familien mit einem Jahreseinkommen von 10.000 Yuan sind nicht länger die Ausnahme im südlichen Teil der Provinz Jiangsu, wo Bauern, die ganztägig in Kollektivfabriken arbeiten, 70% der Arbeitskräfte ausmachen. Die neue Gesellschaft wird auf der Basis von Zusammenarbeit betrieben werden und unabhängige Entscheidungen über wichtige Fragen, wie z.B. die Einstellung und Entlassung von Arbeitern und Angestellten und die Verwendung der Gewinne nach Steuern, treffen.

Professor Wen hatte mit der Unterstützung des stellvertretenden Premierministers Wan Li ein neues Lehr- und Forschungssystem in seiner Sektion berichtet, nach dem die Fakultätsmitglieder an Beratungs- und Entwicklungsprojekten mit anderen Einheiten teilnehmen können, unter der Voraussetzung, daß sie ihre ihnen aufgegebenen Lehrverpflichtungen erfüllen. (XNA, 23.5.84) -lou-

## TAIWAN

\*  
\*  
\* \* \* \* \*

\*(40)

### Starke Zunahme der Exportüberschüsse und Devisenreserven zwang zur weiteren Liberalisierung der Importe

Vom Januar bis April wurde aus Taiwan eine unverminderte Expansion der Exporte sowie der ausländischen Investitionen gemeldet. Im Vergleich zum gleichen Zeitraum des Vorjahres stiegen die Exporte Taiwans in den ersten vier Monaten d.J. mit einem Volumen im Wert von 9.320,3 Mio.US\$ um 31,2%, während die Importe mit einem Volumen im Wert von 6.738 Mio. US\$ relativ gemäßigt um 12,9% zunahmen. Dabei ergab sich ein Exportüberschuß von 2.582,3 Mio. US\$. Allein im Handel mit den USA als größtem Absatzmarkt Taiwans für Exportwaren erlangte die Insel in dem genannten Zeitraum Aktiva von 2.849,2 Mio. US\$; das bedeutet eine Steigerung von 1.268,7 Mio. US\$ gegenüber dem Vergleichszeitraum des vorigen Jahres.

Infolge des Exportbooms sind die

ausländischen Investitionen in den ersten vier Monaten ebenfalls steil angestiegen. Insgesamt hat das Wirtschaftsministerium von Januar bis April Investitionen aus dem Ausland in Höhe von 146,62 Mio. US\$ genehmigt, wobei eine Zuwachsrate von 164,89% verzeichnet wurde. 32,94% der Investitionen von Ausländern bzw. Auslandschinesen entfielen auf die Herstellung elektronischer und elektrischer Geräte, 20,56% auf den Maschinen- und Instrumentenbau sowie 12,97% auf die Produktion von Gummi- und Kunststoffwaren. (ZYRB, 10.5.84)

Die Devisenreserven Taiwans wurden im Mai auf 15 Mrd. US\$ geschätzt. Neben dem Zufluß aus dem Exportüberschuß hat die Zentralbank der Insel zur Verhinderung einer unerwünschten Aufwertung der einheimischen Währung NT\$ seit April auch eine große Menge von US\$ auf dem Finanzmarkt gekauft. (LHB, 11.5.84)

Da der immer weiter steigende Exportüberschuß und die dadurch bewirkte Devisenüberschwemmung die Preisstabilität gefährden können, und da immer mehr Industriestaaten Taiwans Protektionismus gegen die Einfuhr ausländischer Waren bemängeln, plant das Finanzministerium in Taipei innerhalb von fünf Jahren die Zolltarife allgemein herabzusetzen. Das Ziel ist, die Höchstgrenze von 100 auf 60 Prozent zu reduzieren. Die Tarife für die wichtigen Importwaren sollen in Zukunft zwischen 15 und 30 Prozent liegen (LHB, 14.5.84). Im Juni wird eine Delegation nach Europa gesandt, um zu untersuchen, wie die Einfuhr europäischer Güter erleichtert werden kann.

Die europäischen Länder haben Taiwan aufgefordert, die Zolltarife für über 260 Positionen von Waren aus Europa zu ermäßigen. 60 davon werden z.Z. vom Ministerium in Erwägung gezogen (LHB, 28.5.84). -ni-

\*(41)

### Hohes Wirtschaftswachstum im ersten Quartal

In den ersten drei Monaten dieses Jahres erreichte das Bruttosozialprodukt (BSP) in Taiwan nach Angaben des Amtes für Budget und Statistiken des Exekutiv Yuan eine Höhe im Wert von 528,4 Mrd. NT\$ (40 NT\$=1 US\$). Gegenüber dem gleichen Zeitraum 1983 wurde nominal eine Wachstumsrate von 12,69% und real von 12,32% verzeichnet. Das ist das höchste Wachstum eines Quartals seit der zweiten Energiekrise. Für das zweite Quartal dieses Jahres erwartet das Amt eine weitere hohe Zuwachsrate von 10,82%. Ferner wies es darauf hin,

daß sich die privaten Investitionen mit einer realen Zunahme von 13,08% in den ersten drei Monaten sowie mit einer geschätzten Steigerung von 15,10% im zweiten Quartal deutlich verbessert hat. Auf dem Arbeitsmarkt zeigte sich nach offiziellen Angaben ebenfalls eine Verbesserung. Im März d.J. hatten 7.214.000 der 7.369.000 Erwerbsfähigen einen Arbeitsplatz. Die Arbeitslosenquote belief sich auf nur 2,09%, das war der niedrigste Stand seit Juni 1982. Nach Branchen betrachtet hat die Industrie mit einer Zuwachsrate von 8,4% die meisten Arbeitsplätze geschaffen. Auch bei den Dienstleistungen ist die Beschäftigungsquote im Vergleich zum gleichen Monat des Vorjahres um 4,41% gestiegen. (ZYRB, 17.5.84) -ni-

\*(42)

### Zinsen so niedrig wie noch nie

Am 9.Mai wurden die Zinssätze in Taiwan allgemein um 0,25% herabgesetzt und haben damit den tiefsten Punkt seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs erreicht. Der Diskontsatz sank von 7,25% auf 7%. Die neuen Zinssätze für mittelfristige und langfristige Bankkredite liegen bei 8,75 bis 10,75% (9-11%) und für kurzfristige bei 8,25 bis 10% (8,5-10,25%). Die Sparer bekommen für ihre auf drei Jahre festgelegten Gelder 8,75% (9%) und für die auf ein Jahr festgelegten Guthaben 8,25% (8,5%) Zinsen.

Die jetzt erfolgte Zinsänderung war zwar geringfügig, aber doch nicht ohne Überraschung. Denn in der Zeit von August 1981 bis März 1983, als die Konjunktur noch schwach war, wurden die Zinssätze auf der Insel bereits neunmal nach unten korrigiert. Zur Zeit befindet sich die Wirtschaft aber in einem Aufschwung, und der Außenhandel wies von Monat zu Monat einen zunehmenden Exportüberschuß auf. Darüber hinaus geht der internationale Zinstrend eher nach oben. Der Hauptgrund für die neue Zinsherabsetzung war das große Geldangebot auf dem Finanzmarkt. Im vergangenen Jahr hat das Depositenvolumen der Geldinstitute um 27,52% zugenommen, während die Steigerungsrate der Bankkredite nur 15,59% betrug. Auch im ersten Quartal d.J. hat sich die Schere zwischen den Depositeneinnahmen und den Kreditausgaben der Geldinstitute eher erweitert als verengt. Allein in der zweiten Hälfte des Monats April ist der Überhang an Depositengeldern von 9,9 Mrd. NT\$ auf 13,7 Mrd. NT\$ gestiegen. Dies schaffte den Banken eine enorme Belastung. Durch die Zinssenkung hofft man, das Sparinteresse der Bevölkerung dämpfen und gleichzeitig das Investitionsinteresse der Unternehmer erhöhen zu

können.

Doch dies wird von vielen Kritikern bezweifelt, weil die Politik mit lockerem Geld in den letzten drei Jahren die Investitionen nicht wesentlich stimuliert hat. Im vergangenen Jahr hatte Taiwan nur eine Inflationsrate von 1,7% und in den ersten vier Monaten d.J. betrug die Preissteigerung im Durchschnitt nur 0,6%. Dies lag noch weiter unter dem neuen Sparzinssatz von 6,25% für auf einen Monat festgelegte Gelder. Daher bleiben Sparkonten immer noch lukrativ. Dazu ist der übermäßige Depositenüberschuß in erster Linie eine Folge der radikalen Expansion der Exporte und des Exportüberschusses in den letzten Jahren. Viele Firmen haben ihre Gewinne nicht für Investitionen eingesetzt, sondern auf die hohe Kante gelegt. Einige große Unternehmen haben sogar die durch Anleihen oder Termingeschäfte günstig erhaltenen Gelder nicht in Investitionen gesteckt, sondern auf die Banken gelegt, um Gewinne aus der Zinsspanne zu erzielen.

Daher forderte man zur Korrektur der ungewöhnlichen Entwicklung auf dem Finanzmarkt, die Importe oder die Zinspolitik weiter zu liberalisieren. Eine allgemeine Zollsenkung wird aber zu starken Einbußen bei den Regierungseinnahmen führen. Eine Aufgabe der Devisen- bzw. Zinskontrolle, d.h. eine Einführung der Marktwirtschaft kann sich die Regierung noch längst nicht zutrauen. (ZYRB, 9. und 11.5.84; LHB, 9.5.84; CP, 9.5.84) -ni-

\*(43)

#### Diplomatische Beziehungen zu St. Lucia

Am 8. Mai wurde zwischen Taiwan und St. Lucia ein Kommuniqué über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen unterzeichnet (ZYRB, 9.5.84). Bereits im Januar dieses Jahres, als der Regierungschef des karibischen Inselstaates, John G. Compton, Taiwan besuchte, war von einer Aufnahme diplomatischer Beziehungen beider Seiten die Rede. Doch hat sich dieser damals geweigert, das von Taiwan vorbereitete gemeinsame Kommuniqué über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu unterzeichnen, und zwar mit der Begründung, daß es zunächst in seinem Kabinett diskutiert werden müsse. Statt dessen gab er nur eine Absichtserklärung ab (s. dazu C.a., Januar 1984, S.22, Ü 45).

Erst am 10. April signalisierte St. Lucia seine Bereitschaft, und am 1. Mai sandte Taiwan den Minister ohne Geschäftsbereich, Lin Jinsheng, als Sonderbotschafter zur

offiziellen Aufnahme diplomatischer Beziehungen nach St. Lucia. Neben dem Kommuniqué über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen wurde noch eine Vereinbarung über eine technische Zusammenarbeit in der Landwirtschaft zwischen beiden Staaten unterzeichnet. Taiwan wird St. Lucia bei der Agrar- und Fischereientwicklung helfen.

Einschließlich St. Lucias hat Taiwan z.Z. diplomatische Beziehungen zu 25 Staaten, von denen sich vier im karibischen Raum befinden: Dominica, St. Vincent/Grenada, St. Kitts/Nevis (St. Christopher-Nevis) und St. Lucia (LHB, 11.4.84).

#### Länder, zu denen Taiwan diplomatische Beziehungen unterhält:

Europa: die Vatikanstadt

Asien: Südkorea, Saudi-Arabien

Afrika: Südafrika, Swaziland, Malawi

Mittel- und Südamerika: Bolivien, Costa Rica, Dominica, Dominikanische Republik, El Salvador, Guatemala, Haiti, Honduras, Nicaragua, Panama, Paraguay, Uruguay, St. Kitts/Nevis, St. Lucia, St. Vincent/Grenada

Pazifischer Raum: Nauru, Salomon-Inseln, Tonga, Tuvalu. -ni-

\*(44)

#### Gruppenhungerstreik von Dissidenten

Vier bekannte Regierungsgegner, Huang Xinjie, Yao Jiawen, Zhang Junhong und Lin Hongxuan sind am 4. Mai gemeinsam in einen längeren Hungerstreik getreten. Die vier waren mit anderen im Dezember 1979 anlässlich der Beteiligung an einer Menschenrechtsdemonstration in Gaoxiong (Kaohsiung) verhaftet und dann im April 1980 unter der Beschuldigung einer Rebellion vom Militärgericht beim Hauptquartier der Garnison Taiwan zu hohen Freiheitsstrafen von zwölf bzw. vierzehn Jahren verurteilt worden (s. dazu Yu-Hsi Nieh, "Politischer Taifun in Taiwan", C.a. Juni 1980, S.499 ff.). Sie beklagten sich, daß sie über vier Jahre nach dem Urteil immer noch in einzelnen isolierten Zellen interniert und damit nicht wie normale Gefangene behandelt würden. Durch den Hungerstreik wollten sie allerdings, nach ihren Worten, nicht nur für ihre eigenen persönlichen Interessen, sondern auch für eine allgemeine Verbesserung der Haftbedingungen aller Häftlinge sowie für die demokratische Bewegung auf der Insel demonstrieren.

Solidarisch mit diesen vier haben zehn weitere parteilose Oppositionelle, die Abgeordnete bzw. Verwandte der Gefangenen sind, ab 4. Mai ebenfalls einen dreitägigen

Hungerstreik durchgeführt und zwar in dem früheren Familienhaus eines anderen anlässlich der oben genannten Menschenrechtsdemonstration im Dezember 1979 verhafteten und zu zwölf Jahren Freiheitsstrafe verurteilten Dissidenten, Lin Yixiong. Das Haus war seit dem bislang von der Regierung immer noch nicht geklärten kaltblütigen Massenmord an Lins Mutter und Töchtern am 28. Februar 1980 zu einer Kirche und gleichzeitig zu einem Versammlungsort von parteilosen Oppositionellen umgewandelt worden. Darüber hinaus wurde von den parteilosen Oppositionellen eine "Kommission zur Unterstützung des Hungerstreiks der politischen Gefangenen" gegründet, die in mehreren Großstädten Kundgebungen veranstaltet und Flugblätter verteilt hat. Zum Schluß wurde ein Gottesdienst zum Gebet für den Frieden am 19. Mai in der genannten Kirche abgehalten. Die vier Gefangenen und drei ihrer Ehefrauen wurden infolge körperlicher Schwächung durch den Hungerstreik ins Krankenhaus eingeliefert bzw. zwangsernährt.

Die Regierung hat die Nachrichten über den Hungerstreik blockiert. Eine oppositionelle Zeitschrift "Qianjin Shijie" (Vorwärtsgehende Welt), die in ihren Ausgaben Nrs. 9 und 10. über das Ereignis berichtet hatte, wurde beschlagnahmt ("Meilidao", Los Angeles, Nr. 190, 26.5.84). In einer Erklärung warf der Sprecher des Hauptquartiers der Garnison Taiwan, Xiong Renyi, den sich an dem Hungerstreik beteiligenden Gefangenen vor, daß sie mit illegalen Mitteln die Regierung hätten erpressen wollen, ihnen die Strafen zu erlassen. Andere Dissidenten im In- und Ausland, die den Hungerstreik direkt oder indirekt unterstützten, bezichtigte er, die Gesundheit der Gefangenen für politische Ziele aufs Spiel gesetzt zu haben (ZYRB, 6.5.84).

Seit langer Zeit haben sich die oppositionellen Abgeordneten auf der Zentral- und Provinzregierungsebene vergeblich für eine Amnestie der im Dezember 1979 anlässlich der Krawalle in Gaoxiong verhafteten Regierungsgegner eingesetzt. Der Hungerstreik fand kurz vor dem Amtsantritt des alten und neuen Staatspräsidenten Jiang Jingguo (Chiang Ching-kuo) am 20. Mai statt, da dieses Datum für den Erlass einer Amnestie politischer Gefangener durch das Staatsoberhaupt besonders geeignet war. Zwar ist das Ziel nicht erreicht worden, doch haben die Dissidenten wenigstens durch den Gruppenhungerstreik die Regierung in eine politische Bedrängnis gebracht. Es ist tatsächlich eine Paradoxie für die Taipeier Regierung, daß sie

einerseits zahlreiche Oppositionelle auf der Insel als Hochverräter oder kriminelle Verbrecher ins Gefängnis geworfen und die lauten Bitten für einen Straferlaß von allen Seiten nicht hören will, andererseits aber von Seoul energisch verlangt, sechs chinesische Flugzeugentführer, die im letzten Jahr eine Passagiermaschine vom chinesischen Festland mit Gewalt zur Kursänderung nach Südkorea gezwungen haben und von der koreanischen Justiz zu 4-6 Jahren Freiheitsstrafen verurteilt wurden, als politische Asylanten zu behandeln und ihnen eine Amnestie zu gewähren. Ursprünglich hatte man die Hoffnung in Taiwan, daß Seoul noch rechtzeitig diese "antikommunistischen Helden" freilassen würde, damit sie zur Teilnahme an der Feier des neuen Amtsantritts des Staatspräsidenten Jiang Jingguo am 20.Mai nach Taipei kommen könnten. Die taiwanesishe Regierung war tief enttäuscht, daß das höchste Gericht in Seoul zuerst die Bekanngabe des endgültigen Urteils kurzfristig verschoben und am 22.Mai die Berufung der Flugzeugentführer zurückgewiesen hat. -ni-

#### HONGKONG UNF MACAU

\*  
\*  
\* \* \* \* \*

\*(45)

#### Doch chinesische Truppen in Hongkong nach 1997

In einem Gespräch mit den Mitgliedern des chinesischen Nationalen Volkskongresses und den der Nationalen Politischen Konsultativ-Konferenz des Chinesischen Volkes aus Hongkong und Macau sagte der starke Mann Chinas, Deng Xiaoping, am 25.Mai, daß die chinesische Regierung nach der geplanten Rücknahme der Souveränität über Hongkong 1997 das Recht habe, dort chinesische Streitkräfte zu stationieren. In der Vergangenheit haben Huang Hua, stellvertretender Vorsitzender des Nationalen Volkskongresses und ehemaliger Außenminister, sowie Geng Biao, stellvertretender Vorsitzender des Nationalen Volkskongresses und ehemaliger Verteidigungsminister, gesagt, daß China nach 1997 keine Soldaten nach Hongkong sende. Deng bezeichnete dies als Geschwätz und meinte, das Recht auf Stationierung von Truppen in einem Ort sei ein Symbol der Verteidigung von Territorium und Souveränität eines Staates. "Hongkong ist also ein Teil vom chinesischen Territorium", sagte er wörtlich und fragte weiter: "Warum können wir da nicht unsere Truppen stationieren? Wenn wir dieses Recht nicht haben, heißt es (dann) noch chinesisches Territo-

rium?" Gleichzeitig betonte er, daß nur er, Ministerpräsident Zhao Ziyang, der Direktor des Büros für die Angelegenheiten von Hongkong und Macau unter dem Staatsrat, Ji Pengfei, der chinesische Außenminister und der für diese Fragen zuständige Sprecher des chinesischen Außenministeriums autorisiert seien, über Hongkong zu sprechen. Alle Äußerungen von anderen seien, so Deng, inoffiziell und ungültig (DGB, 27.5.84; AWSJ, 28.5.84).

Bei der Eröffnung der 2.Plenarsitzung des VI.Nationalen Volkskongresses hat der chinesische Ministerpräsident Zhao Ziyang zum erstenmal in seinem Regierungsbericht von Wiederherstellung chinesischer Souveränität über Hongkong im Jahre 1997 gesprochen. Er wiederholte die bereits in den Weltmedien verbreiteten Grundsätze:

- Hongkong wird gemäß Art.31 der chinesischen Verfassung eine Sonderverwaltungszone mit hoher Autonomie, die von Hongkonger Einwohnern selbst regiert werden soll;

- das gegenwärtige Gesellschafts- und Wirtschaftssystem sowie die Lebensart werden nicht verändert; grundsätzlich wird es auch keine Veränderung im Rechtswesen geben;

- Hongkong wird seinen Status als freier Hafen, internationales Finanz- und Handelszentrum weiterhin aufrechterhalten; es kann weiterhin mit anderen Staaten, Regionen sowie internationalen Organisationen Wirtschaftsbeziehungen unterhalten und entwickeln;

- die Wirtschaftsinteressen Englands und anderer Länder in Hongkong werden beachtet.

Diese Politik, so betonte Zhao, werde sich in den 50 Jahren nach 1997 nicht verändern (DGB, 17.5.84).

Im Mai haben die chinesischen und britischen Unterhändler ihre 14. (9.-10.Mai) und 15. (30.-31.Mai) Verhandlungsrunde über Hongkong abgehalten. Die Inhalte der Gespräche wurden nach wie vor geheimgehalten. Auf die Frage eines Journalisten antwortete der Sprecher des chinesischen Ministeriums, daß es möglich sei, noch vor dem kommenden September eine Vereinbarung zu erreichen. China hat nach seinen Worten den Standpunkt beibehalten, im September einseitig sein Programm über Hongkong zu veröffentlichen, falls beide Seiten bis dahin nicht übereingekommen seien. -ni-